

Ausgabe Nr. 9 / 28.6.2000

In aller Kürze

➤ Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind derzeit so gut wie schon lange nicht mehr. Daraus jedoch zu schließen, dass die für den Arbeitsmarkt günstige Konstellation auch über 10 Jahre anhält, ist riskant. Letztendlich fehlen zur Erreichung des Vollbeschäftigungszieles immer noch rd. 6 Mio Arbeitsplätze.

➤ Für die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes liegen zwar keine aktuellen Langfristprojektionen vor. Simulationsrechnungen von 1998 lassen jedoch für den Zeitraum bis 2010 ohne aktive Beschäftigungspolitik nur eine leichte Expansion der Erwerbstätigkeit in Deutschland erwarten.

➤ Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials ist vor allem bis 2010 sehr unsicher. In Abhängigkeit von den Zuwanderungen kann es ab- aber durchaus auch zunehmen. Erst nach 2015 wird das Arbeitskräfteangebot rapide zurückgehen.

➤ Deshalb ist aktive Beschäftigungspolitik auf absehbare Zeit unabdingbar. Das IAB hat gezeigt, wie eine geschickte Mischung aus Arbeitszeit-, Lohn-, Fiskal- und Sozialpolitik eine positive Entwicklung in Gang setzen kann.

➤ Die Bedingungen dafür sind so gut wie schon lange nicht mehr. Entscheidend für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau ist ein rascher Strukturwandel, der von der Politik vorangetrieben wird.

Autor/in

**Johann Fuchs
Peter Schnur
Gerd Zika**

Diskurswechsel

Von der Massenarbeitslosigkeit zum Fachkräftemangel

Aktive Beschäftigungspolitik bleibt weiterhin erforderlich

Über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinweg, war in Deutschland die Rede von anhaltender Massenarbeitslosigkeit und dem Ende der Erwerbsarbeit. In nur wenigen Wochen hat die öffentliche Diskussion eine Kehrtwende gemacht: Halbierung der Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung innerhalb weniger Jahre und drohender Arbeitskräftemangel sind seitdem die beherrschenden Themen. Für unbeteiligte Beobachter wie für Experten wird damit eine Reihe von Fragen aufgeworfen: Haben sich die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt in kurzer Zeit tatsächlich grundlegend geändert? Spiegeln sich darin vor allem Erwartungen wider? Lassen sich Widersprüche vielleicht doch auflösen?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, den Aspekt der Fristigkeit in die Betrachtung einzubeziehen, da sich die Arbeitsmarktprobleme in der kurzen, mittleren und langen Frist jeweils deutlich unterscheiden.

Ausgangssituation und kurzfristige Perspektiven

In der Öffentlichkeit wird oftmals nur die registrierte Arbeitslosigkeit als Indikator für das Ausmaß der Unterbeschäftigung herangezogen. Damit wird der Eindruck erweckt, dass bereits Vollbeschäftigung erreicht wäre, wenn nur im Umfang der registrierten Arbeitslosigkeit zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen würden. Man muss jedoch

berücksichtigen, dass bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage auch Personen aus der „Stillen Reserve“ wieder auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Daher wird in der Tabelle (s. unten) neben der registrierten Arbeitslosigkeit auch die Stille Reserve ausgewiesen und damit das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung zutreffend quantifiziert.

Zur kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung zitieren wir aus der jüngsten Projektion des IAB: „Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind derzeit gut. ... Denn günstige Bedingungen auf der Nachfrageseite und auf der Angebotsseite der Gütermärkte lassen im Jahr 2000 ein anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum erwarten. Dies dürfte eine Wende des bisherigen

Ausmaß der Unterbeschäftigung			
	1999	2000	2001
Arbeitslosigkeit	4,1 Mio.	3,8 - 3,9 Mio.	ca. 3,6 Mio.
Stille Reserve	2,2 Mio.	2,1 Mio.	2,0 Mio.
Unterbeschäftigung	6,3 Mio.	rd. 6,0 Mio.	rd. 5,6 Mio.

Quelle: Autorengemeinschaft 2000 b

Beschäftigungstrends herbeiführen. Der allmähliche, beschleunigte Anstieg der Erwerbstätigenzahl wird unterstützt durch den Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit. ... Der Arbeitsmarkt 2000 wird in West und Ost erneut auf der Angebotsseite entlastet, ...“ (Autorengemeinschaft 2000 a).

„Die Chancen auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung sind groß. Es mehren sich die Signale aus dem Inland wie aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld, die über das Jahr 2000 hinaus auf anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum hoffen lassen. Dennoch sollten auch für das Jahr 2001 die Risiken nicht aus dem Blickfeld geraten. Allerdings werden sie derzeit allgemein gering eingeschätzt. ... Dies gibt dem Arbeitsmarkt weitere positive Impulse. Das

Arbeitsangebot wird 2001 erneut entlastet, ... Allerdings fällt die Entlastung schwächer aus als im laufenden Jahr.“ (Autorengemeinschaft 2000 b).

In der kurzen Frist erscheinen demnach die Risiken für eine wider Erwarten un-

günstige Entwicklung eher gering. Daraus jedoch zu schließen, dass diese für den Arbeitsmarkt ökonomisch und demographisch günstige Konstellation auch über 10 Jahre anhält, ist in solchen Situationen verständlich, aber riskant.

Mittel- und langfristiger Kurs der Arbeitsmarktentwicklung

Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials

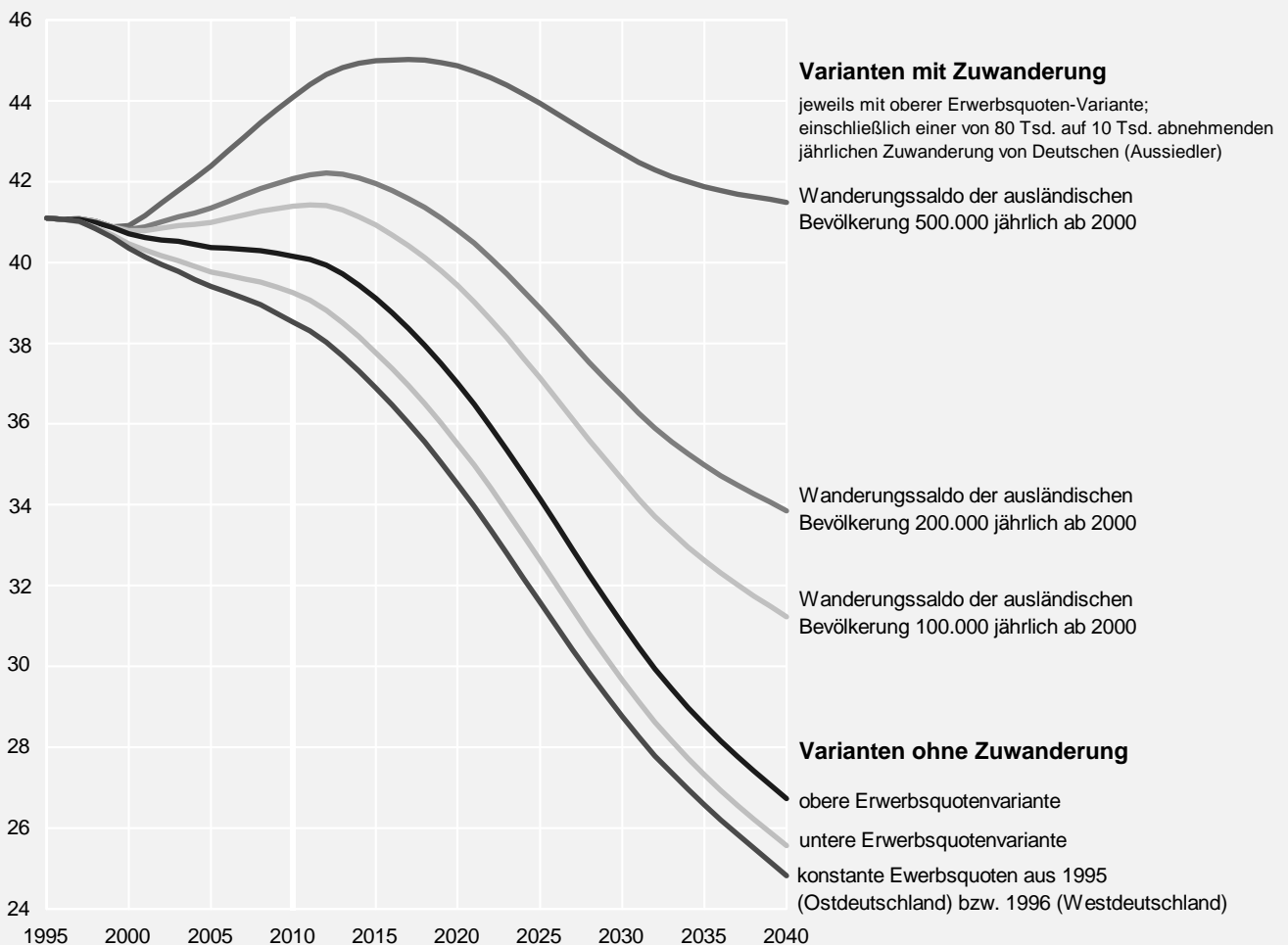
Die Anzahl der potenziell verfügbaren Arbeitskräfte, das sogenannte Arbeitskräfte- oder auch Erwerbspersonenpotenzial, entwickelt sich weitgehend parallel zur Bevölkerung (Fuchs/Thon 1999; vgl. Kasten „Grundtendenzen des demographischen Wandels in Deutsch-

land“, Seite 5). Außerdem verändert sich auch die Altersstruktur des Arbeitskräfteangebots wie die der gesamten Bevölkerung: das Durchschnittsalter nimmt zu, der Anteil jüngerer Erwerbspersonen sinkt, der Anteil älterer Personen steigt.

Bei einer reinen Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung ohne Berücksichtigung von Wanderungen nimmt das

Projektion des Erwerbspersonenpotenzials in Gesamtdeutschland*) 1995 bis 2040

- Wohnortkonzept, Erwerbspersonen in Mio. -



*) Die Zahlen berücksichtigen noch nicht die durch die VGR-Revisionen bedingten Anpassungen der Arbeitsmarktdaten

Erwerbspersonenpotenzial selbst bei einem beachtlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung zwischen den Jahren 2000 und 2010 um mehr als eine halbe Million Erwerbspersonen ab.¹ In den darauf folgenden 30 Jahren verstärkt sich dieser Prozess enorm. Im Jahr 2040 würden dem Arbeitsmarkt noch einmal 13 Millionen Erwerbspersonen fehlen. Gegenüber dem Erwerbspersonenpotenzial von 42 Millionen im Jahr 2000 wären es im Jahr 2040 nur noch 26 bis 27 Millionen, im Falle einer schwächeren Erwerbsbeteiligung sogar noch eine oder zwei Millionen weniger (vgl. Graphik).

Nettozuwanderungen könnten vorübergehend sogar eine Steigerung des Erwerbspersonenpotenzials bewirken. Bei einem jährlichen Nettowanderungssaldo von 100 Tsd. Ausländern würde das Erwerbspersonenpotenzial in den kommenden zehn Jahren - je nach Erwerbsbeteiligung - um bis zu 600.000 Personen zunehmen. Bei einem jährlichen Nettowanderungssaldo von 200 Tsd. ausländischen Personen und einem stärkeren Anstieg der Erwerbsbeteiligung könnte das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2010 sogar um ca. 1,2 Mio. über dem des Jahres 2000 liegen. In den Jahren nach 2010 überwiegt aber in beiden Fällen der negative Einfluss der natürlichen demographischen Entwicklung, so dass trotz der jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 resp. 200.000 das Erwerbspersonenpotenzial in Millionenhöhe sinkt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der oberen Variante der Erwerbsquotenschätzung bei den verheirateten deutschen Frauen ein Niveau der Erwerbsbeteiligung erreicht wird, das kaum noch eine weitere Steigerung zulässt.

Die Entwicklung bei einem Wanderungssaldo von +500 Tsd. Ausländern pro Jahr bestätigt die überragende Bedeutung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung

¹ Im Frühjahr 1999 fand eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) statt, die sich sowohl auf die Projektion des Arbeitskräfteangebots als auch auf die Projektion des Arbeitskräftebedarfs auswirken dürfte. Die VGR-Revision war wegen neuer, bislang nicht verwendeter Berechnungsgrundlagen, neuer Berechnungsmethoden, neuer Preisbasen und neuer Konzepte erforderlich. Die im folgenden genannten Quantitäten berücksichtigen noch nicht die durch diese Revision bedingten Anpassungen der Arbeitsmarktdaten.

(Geburten und Sterblichkeit) für die Potenzialentwicklung. Zwar steigt bei Annahme eines solchen jährlichen Wanderungsgewinns das Erwerbspersonenpotenzial auf über 45 Mill. Personen bis zum Jahr 2017 an, doch reicht auch diese enorme Zuwanderung in den Folgejahren nicht aus, einen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials langfristig auszugleichen. In den Modellrechnungen des IAB sinkt das Erwerbspersonenpotenzial selbst bei dieser extrem hohen Nettozuwanderung ab dem Jahr 2020 merklich. Im Endjahr der Projektion (2040) ist in dieser Variante das Ausgangsniveau der Projektion (1996) fast wieder erreicht.

Langfristig spricht also vieles dafür, dass die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte stark zurückgeht. Die demographische Entwicklung könnte also zur Arbeitsmarktentlastung beitragen. Die angebotsseitige Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials ist jedoch zumindest bis zum Jahr 2010 (eventuell 2015) nicht so gravierend, als dass sie nicht jederzeit durch Wanderungseinflüsse konterkariert werden könnte. Erst nach etwa 2010 scheint eine anhaltende und kräftige Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials unaufhaltsam zu sein.

Tendenzen beim Arbeitskräftebedarf

Aktuelle quantitative Bedarfsprojektionen sind wegen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) derzeit nicht verfügbar.² Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich auch nach ihrer Berücksichtigung – zumindest in der qualitativen Einschätzung – kein grundlegend neues Bild ergeben wird. Während Modellrechnungen aus dem Jahr 1998 ohne Berücksichtigung einer aktiven Beschäftigungspolitik in Westdeutschland für die vor uns liegende Dekade eine leicht expansive Entwicklung der Erwerbstätigkeit erwarten lassen, sind für Ostdeutschland nur in Teilbereichen Hinweise auf eine eigen-dynamische Entwicklung sichtbar. Sie dürften jedoch – wenn überhaupt – zu keiner nennenswerten Steigerung der ost-deutschen Erwerbstätigenzahlen führen.

² Vgl. Fußnote 1

Verbesserungen durch aktive Beschäftigungspolitik

Wie das IAB bereits wiederholt zeigte, kann es durch eine geschickte Mischung aus Arbeitszeit- und Lohnpolitik, sowie aus Fiskal- und Sozialpolitik zu einer auch im Trend deutlich besseren Arbeitsmarktentwicklung kommen:

Die mittelfristigen tarif- und fiskalpolitischen Vorhaben entsprechen derzeit alles in allem erstmals dem Policy-Mix, der auch Gegenstand des IAB-Strategiebündels ist. Unseres Erachtens ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass unsere früheren Simulationsergebnisse nicht auch heute noch Gültigkeit besitzen. Unterstützt durch die erwartete günstige Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2000 und 2001 müsste endlich ein nachhaltiger Beschäftigungsanstieg in Gang kommen. Voraussetzung ist allerdings, dass der anvisierte Policy-Mix mit allem Nachdruck in die Tat umgesetzt und konsequent fortgeführt wird und dass keine externen negativen Schocks auf der Nachfrageseite auftreten.

Unabdingbare Voraussetzung für den beschäftigungspolitischen Erfolg ist der Wille zum gemeinsamen Handeln. Die Absichtserklärungen im „Bündnis für Arbeit“ in Richtung einer mehr beschäftigungsorientierten Lohn- und Arbeitszeitpolitik müssen in ihrer Kombination verwirklicht werden: Arbeitszeitverkürzung, möglichst kostenneutral, freiwillig, flexibel und reversibel sowie gleichzeitig moderate Lohnerhöhungen auf mittlere Sicht. Bei der praktischen Umsetzung sind differenzierte Lösungen, Solidaritätsbewusstsein, Kompromissbereitschaft und ein langer Atem gefragt.

Ergänzend dazu müssen jetzt aber auch unter den günstigen gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen die längst überfälligen fiskalpolitischen Schritte getan werden, wie die einer Steuerentlastung und einer stufenweisen Konsolidierung des Staatshaushaltes. Auch wenn die Meinungen hinsichtlich des beschäftigungspolitisch sinnvollen Tempos der Konsolidierungsmaßnahmen auseinandergehen: Aus unserer Sicht erscheint der zeitliche Verlauf und die Stärke des in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Defizitabbaus zum jetzigen Zeitpunkt beschäftigungspolitisch durch-

aus vertretbar. Einerseits dürfte der mit dem Sparpaket demonstrierte Wille zum Defizitabbau und zur Rücknahme der Staatsquote zusammen mit den beschlossenen und angekündigten Steuersenkungen positive psychologische Effekte und Erwartungen ausgelöst haben. Andererseits dürften die mit dem Defizitabbau verbundenen kontraktiven Wirkungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund des erwarteten günstigen Konjunkturverlaufs verkraftbar sein.

Sollte jedoch die Wirtschaftsentwicklung schlechter verlaufen als derzeit angenommen, wäre aus beschäftigungspolitischer Sicht eine zeitliche Streckung der Haushaltskonsolidierung wünschenswert. Umgekehrt sollten dagegen in einer lang anhaltenden Aufschwungphase sowohl weitergehende Konsolidierungsmaßnahmen als auch eine zusätzliche Senkung der Abgabenlast in Angriff genommen werden.

Fazit

Die Welt hat sich in den letzten Wochen nicht verändert. Jedoch hat unter dem Eindruck aktuell günstiger Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten eine optimistische Einschätzung die lange Zeit dominierende pessimistische Sicht offensichtlich abgelöst. Da der Einfluss der Psychologie auf die Realität nicht unterschätzt werden sollte, ist die Betonung von Chancen dem Beklagen von Risiken sicherlich vorzuziehen. Die faktischen Perspektiven für eine anhaltend günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sind so gut wie schon lange nicht mehr. So ist ein starker Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials, wie er in den letzten 25 Jahren zu verzeichnen war, für die kommenden Jahre eher unwahrscheinlich. Dessen ungeachtet bleibt noch viel zu tun, insbesondere in der Zeit bis 2010. Allein auf die Demographie zu bauen, reicht sicherlich nicht aus. Ein Blick auf die Höhe der Arbeitslosenzahlen und das Niveau der Unterbeschäftigung macht das schnell klar. Und nach 2010 stellen der Bevölkerungsrückgang, die sinkende Zahl an verfügbaren Arbeitskräften und die Alterung von Bevölkerung und Erwerbspersonenpotenzial Wirtschaft und Gesellschaft vor neue, wenn auch längst erkannte Probleme.

Eine konsequente Beschäftigungspolitik etwa im Sinne des IAB-Strategiebündels hat bei der aufgezeigten Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials zwar die große Chance, einen wichtigen Beitrag zur deutlichen Reduzierung der Unterbeschäftigung zu leisten. Wann aber eine Halbierung der Arbeitslosigkeit oder gar Vollbeschäftigung erreicht sein werden, kann man z.Zt. aus wissenschaftlicher Sicht nicht sagen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass bei einer deutlichen Verbesserung der globalen Beschäftigungssituation regionale sowie berufsfachliche Mismatch-Probleme zunehmen können, die die Bilanz wiederum trüben würden.

Im gesellschaftlichen Konsens ist nun ein Beschäftigungsaufbau in Gang gekommen. Diesen Beschäftigungsaufbau gilt es jedoch nachhaltig zu sichern. In einer sich ständig wandelnden Welt ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und bei offenen Grenzen letztlich die Anpassungsflexibilität entscheidend für die längerfristige Entwicklung der Beschäftigung. Strukturwandel ist Voraussetzung für den dauerhaften Erfolg jeglicher Beschäftigungspolitik, und zwar hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur wie des Beschäftigungsniveaus. Alle Untersuchungen belegen: Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird längerfristig um so höher ausfallen, je weniger Beharrungstendenzen und Abwehrstrategien es gibt, je weniger alte Arbeitsplätze subventioniert und vor Konkurrenz geschützt werden und je offensiver, anpassungsbereiter und schneller der nötige Strukturwandel mit Flexibilität, Innovationen und Investitionen vorangetrieben wird.

Daneben müssen die sich abzeichnen, seit langer Zeit bekannten strukturellen Probleme insbesondere im Hinblick auf den Alterungsprozess der Bevölkerung angegangen werden: Vorrangig ist der Aufbau bzw. weitere Ausbau eines Weiterbildungssystems voranzutreiben. Aber man sollte auch bereits heute Überlegungen zur Erschließung von Beschäftigungsreserven (Ältere, Frauen, Ausländer, Qualifikation) anstellen, um nicht in einigen Jahren von den dann veränderten Problemlagen überrascht zu werden.

Literatur

Autorengemeinschaft (2000 a): Bundesrepublik Deutschland: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2000. Beschäftigungsanstieg und Angebotsentlastung lassen die Arbeitslosigkeit kräftig sinken. IABkurzbericht Nr. 1/29.2.2000.

Autorengemeinschaft (2000 b): Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. MittAB 1/2000.

Fuchs, Johann (1999): Die langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung demographischer Aspekte, in: E. Grünheid, Ch. Höhe (Hrsg.): Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum: Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen. Opladen (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; Bd. 299), S. 69 - 88.

Fuchs, Johann; Schnur, Peter; Walwei, Ulrich; Zika, Gerd (1998): Arbeitsmarktperspektiven bis 2010: Trübe Aussichten signalisieren hohen Handlungsbedarf. Erste Modellrechnungen des IAB mit Schwerpunkt Ostdeutschland. Nürnberg, IABwerkstattbericht Nr. 12/1998.

Fuchs, Johann; Thon, Manfred (1999): Potentialprojektion bis 2040: Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften. IABkurzbericht Nr. 4/1999.

Rürup, Bert; Klopffleisch, Roland (1999): Bevölkerungsalterung und Wirtschaftswachstum: Hypothesen und empirische Befunde, in: E. Grünheid, Ch. Höhe (Hrsg.): Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum: Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen. Opladen (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; Bd. 299), S. 40 - 53.

Schnur, Peter; Walwei, Ulrich; Zika, Gerd (2000): Wege zu mehr Beschäftigung: Strategiebündel auf dem Prüfstand. Die Chancen für eine Umsetzung der Vorschläge vom Sommer 1996 sind gestiegen. IABkurzbericht Nr. 2/2000.

Thon, Manfred (1995): Demographische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung - die Alterung des Erwerbspersonenpotentials. MittAB 3/95, S. 290-299.

Grundtendenzen des demographischen Wandels in Deutschland

- Die **Geburtenziffern** erreichen seit langem nicht mehr das erforderliche Niveau, um die Bevölkerungszahl langfristig wenigstens konstant zu halten. Eine signifikante Steigerung der Geburtenziffern ist nicht in Sicht.
- Die **Sterblichkeit** in der Bundesrepublik Deutschland sank in den vergangenen Dekaden deutlich. Entsprechend stieg die **Lebenserwartung**. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen.
- Für die Bevölkerungsentwicklung und insbesondere für den Arbeitsmarkt war in der Vergangenheit die **Außenwanderung** ein wichtiger Faktor. Zumeist war der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland in den letzten fünf Jahrzehnten positiv. Die Anfang der 90er Jahre enorm hohe Zuwanderung mit einem jährlichen Wanderungsüberschuss von mehr als 500 Tsd. Personen hat allerdings mittlerweile nachgelassen. Für 1999 dürfte sich mit rund 150 Tsd. ein Wanderungssaldo ergeben, der beinahe dem langjährigen Durchschnitt zwischen 1974 und 1989 entspricht; einer Zeit, in der die Zuwanderung von Ausländern aufgrund des im November 1973 verhängten Anwerbestopps begrenzt war. Weil für die internationale Migration die Zuwanderung von Ausländern naturgemäß eine besondere Bedeutung hat, sei noch auf die aktuelle Entwicklung bei der Zuwanderung von Ausländern eingegangen. In 1998, dem letzten Jahr, für das im Augenblick vollständige Daten vorliegen, war der Wanderungssaldo der Ausländer/innen beinahe ausgeglichen. Auch 1999 dürfte sich bei den Ausländern nur ein leichter Wanderungsüberschuss ergeben. Dahinter verbergen sich aber beachtliche Migrationsströme. Das Statistische Bundesamt weist für 1998 Zuzüge in Höhe von mehr als 600 Tsd. von Ausländern/-innen aus. Im selben Jahr sind nach dem Statistischen Bundesamt fast 640 Tsd. von Ausländern/-innen fortgezogen. In der Summe ergibt das den oft in den Medien zitierten Saldo von nahezu Null.

Die Tendenzen bei den Geburtenziffern und der Lebenserwartung sind in hohem Maße stabil und lassen sich deshalb verlässlich in die Zukunft extrapolieren. Dagegen erlaubt das Wanderungsgeschehen - wegen seiner erratischen Schwankungen - kaum eine Voraussage über die künftige Richtung. Trotzdem ist eine fundierte Aussage über die Grundtendenz der künftigen Bevölkerungszahl möglich: Sogar bei einer sehr hohen Nettozuwanderung sinkt langfristig die absolute Bevölkerungszahl. Wie stark und schnell die Bevölkerungszahl zurückgeht, hängt dann lediglich vom Umfang der Netto-Zuwanderung ab. Außerdem steigt mit hoher Wahrscheinlichkeit das durchschnittliche Alter der Bevölkerung und der Anteil älterer Menschen nimmt zu.

Die letzten Ausgaben des IAB *Kurzbericht* im Überblick

- Nr. 15 Hilfen für Existenzgründer
1.10.99 **Bessere Fördertechnik in den Vereinigten Staaten**
Pffiffige Finanzierungskonzepte erleichtern dort auch Arbeitslosen den Sprung in die Selbständigkeit
- Bei uns herrscht Mangel im Überfluß - Vernetzung als Ausweg
- Nr. 16 Internationale Vergleiche
18.11.99 **Vom Sorgenkind Europas zum keltischen Tiger**
Die Erfolgsgeschichte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Irland
- Nr. 1 Bundesrepublik Deutschland
29.2.00 **Der Arbeitsmarkt im Jahr 2000**
Beschäftigungsanstieg und Angebotsentlastung lassen die Arbeitslosigkeit kräftig sinken
- Nr. 2 Wege zu mehr Beschäftigung
24.3.00 **Strategiebündel des IAB auf dem Prüfstand**
Die Chancen für eine Umsetzung der Vorschläge vom Sommer 1996 sind gestiegen
- Nr. 3 „Greencard“ für Computerfachleute
4.4.00 **Anwerbung kann Ausbildung nicht ersetzen**
Die aktuelle Diskussion deckt Versäumnisse bei der Erstausbildung in IT-Berufen auf
- Nr. 4 Arbeitsmarktausgleich
18.4.00 **Regionale Mobilität gestiegen**
Bei einem Betriebswechsel werden immer öfter größere Entfernungen überwunden – gerade auch von Arbeitslosen
- Nr. 5 Anwerbung von IT-Spezialisten
15.5.00 **Der amerikanische Weg – ein Modell für Deutschland?**
Neben der „green card“ haben die USA ein erfolgreiches Programm für die befristete Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland eingerichtet
- Nr. 6 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 1
16.5.00 **Moderne Technik bringt neue Vielfalt in die Arbeitswelt**
Der Computer prägt immer mehr Arbeitsplätze ohne die herkömmlichen Arbeitsmittel zu verdrängen
- Nr. 7 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 2
17.5.00 **Moderne Technik kommt heute überall gut an**
Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten am Computer - Frauen wie Männer, die Hilfskraft wie die Führungskraft
- Nr. 8 Vermögensbeteiligung
23.6.00 **Drei auf einen Streich**
Durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ließen sich Arbeitsmarkt-Renten- und Verteilungsprobleme reduzieren - Bald Thema im Bündnis für Arbeit

Die Reihe IAB Kurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der Broschüre „Veröffentlichungen“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).

IAB Kurzbericht

Nr. 9 / 28.6.2000

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung

Hausdruckerei der Bundesanstalt für Arbeit

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

ISSN 0942-167X

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel. 0911/179-3025

Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Johann Fuchs, Tel. 0911/179-5216
Peter Schnur, Tel. 0911/179-3071
Dr. Gerd Zika, Tel. 0911/179-3072